



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	009-2024
Vorstossart:	Motion
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.26
Eingereicht am:	04.03.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Günthör (Erlach, SVP) (Sprecher/in) Arn (Muri b. Bern, FDP) Herren-Brauen (Rosshäusern, Die Mitte) Graber (La Neuveville, SVP) Zbinden (Mittelhäusern, SVP) von Wattenwyl (Tramelan, GRÜNE) Saïd (Biel/Bienne, SP)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Ja
Dringlichkeit gewährt:	Ja 07.03.2024
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Auswahl

Für eine Politik der Nulltoleranz im Umgang mit Gewalt an Bildungseinrichtungen: Stärkung des Schutzmechanismus für Lehrkräfte, Schulleitungen und Kindergartenlehrpersonen

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Gesetzliche Grundlagen schaffen zum Thema Gewalt, zur Stärkung des Schutzmechanismus für Lehrkräfte, Schulleitung und Kindergartenlehrpersonen (Volksschulgesetzes (VSG); Erkenntnisse aus der Studie des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) weisen darauf hin.
2. Zudem soll die Anwendungshäufigkeit von Artikel 28 VSG (Disziplin, Massnahmen) ab 2020 aufgezeigt werden.
3. Informationen über die Anzahl Lehrkräfte, Schulleitende und Kindergartenlehrpersonen, die Opfer jeglicher Formen von Übergriffen wurden, sowie die Erfassungsmethoden.
4. Gewährleistung von spezifischen Modulen zur Gewaltprävention und Deeskalation in den Ausbildungen für Kindergartenlehrpersonen, Lehrkräfte und Schulleitende durch die Pädagogische Hochschule.
5. Erklärung der regelmässigen Überprüfung und Anpassung der Lehrpläne zur Bewältigung aktueller Herausforderungen im Umgang mit jeglicher Form von Gewalt.

Begründung:

Die Studie¹ des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) (Januar 2023) bestätigt die besorgniserregende Zunahme von Beschimpfungen, Bedrohungen, psychischer und physischer Gewalt gegen Lehrkräfte. Diese Angriffe destabilisieren nicht nur das schulische Umfeld, sondern gefährden auch die Bildung und Entwicklung junger Menschen. Respekt und Anerkennung für Lehrpersonen sind essenziell.

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz belegt erstmals mit Fakten, dass Gewalt gegen Lehrpersonen ein weitverbreitetes, ernstzunehmendes Problem in unserer Gesellschaft ist. Zwei Drittel der befragten Lehrpersonen waren in den vergangenen fünf Jahren Mobbing, Beleidigungen oder sogar physischer Gewalt ausgesetzt. Hochgerechnet auf 100 000 Lehrpersonen in der Deutschschweiz sind dies rund 65 000 betroffene Lehrpersonen. Es kann also jede Lehrperson und jede Schule treffen.

Die Hauptverursacher von Gewalt gegen Lehrkräfte sind:

- In 36 Prozent der Fälle Erziehungsberechtigte
- In 34 Prozent der Fälle Schülerinnen und Schüler der eigenen Klasse
- In 15 Prozent der Fälle andere Lehrpersonen
- In 11 Prozent der Fälle die Schulleitung

Die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas hat zu einem drastischen Rückgang des Respekts gegenüber Lehrpersonen geführt. Dies zeigt sich in steigender respektloser Haltung von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern. Von den Eltern erfahren Lehrerinnen und Lehrer immer weniger Verständnis, im Vordergrund steht heute immer zuerst das eigene Kind. Lehrpersonen leiden unter Belastungen, Krankheiten und Burnouts. Es liegt in der Verantwortung des Kantons als Arbeitgeber, das Ansehen und die Wertschätzung der Schul- und Lehrpersonen zu stärken und sie vor Bedrohungen zu schützen.

Eine konsequente Sanktionierung von Gewalttaten setzt ein klares Signal, dass Gewalt nicht toleriert wird, und verhindert potenzielle Wiederholungstaten. Präventive Elemente, wie Aufklärung und alternative Lösungsansätze, sollten verstärkt in die Ausbildung der Pädagogischen Hochschule und der Schulen integriert werden. Eine angemessene Sanktionierung ist jedoch unerlässlich, um Lehrkräfte und Schulleitende zu schützen und ein sicheres schulisches Umfeld zu gewährleisten.

Gesetzliche Grundlagen ohne Anhang einer Verfügung für Lehrpersonal haben keine aufschiebende Wirkung. Im Volksschulgesetz einen Gesetzesartikel zu schaffen, ist erforderlich, um expliziten Schutz und Unterstützung für das Lehrpersonal sicherzustellen. Dies ist ein entscheidender Schritt, um das Arbeitsumfeld für Lehrkräfte zu verbessern und diejenigen zu schützen, die sich dem Bildungsauftrag widmen.

Begründung der Dringlichkeit: Das Lehrpersonal hat momentan keinen Schutz vor sofortigen Disziplinar massnahmen, wenn sie eine Verfügung erhalten. Jedoch eine wichtige Ergänzung im Volksschulgesetz ist notwendig, um genau das zu ändern. Diese Ergänzung würde sicherstellen, dass Lehrkräfte und Schulleitende nicht sofort von Disziplinar massnahmen betroffen sind, wenn sie dagegen vorgehen möchten. Das wäre ein grosser Schritt, um Lehrkräfte und Schulleitende besser zu unterstützen und ihr Arbeitsumfeld zu verbessern. Es würde auch diejenigen schützen, die sich leidenschaftlich dem Bildungsauftrag widmen.

Ein positives Arbeitsumfeld fördert Motivation und Engagement von Lehrpersonen und Schulleitenden, was entscheidend für das Funktionieren des Bildungssystems ist. Die Sicherstellung von Vertrauen und Wertschätzung ist daher von grundlegender Bedeutung für die Stabilität der Bildungseinrichtungen und die effektive Wissensvermittlung.

¹ Studie des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH)

Verteiler

- Grosser Rat